

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postkassen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dritsch-Verband).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 10 Pfg.,
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt 5 Pfg. u. a. m.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 57.

Berlin, Sonnabend, 25. Juli 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein Vorgang zum Nachdenken. — Wohnungsaufsicht
und andere Wohnungstragen. — Englands geplante Alters-
versicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-
Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen-Zeil.

Ein Vorgang zum Nachdenken.

Vor den letzten Wahlen zum preussischen Land-
tag stand in der Arbeiterschaft der Ruf nach dem
Reichstagswahlrecht im Vordergrund. Die Kon-
servativen lehnten diese Forderung rundweg ab.
Das Zentrum führte nur einen lauen Kampf und
lehnte es ab, die freisinnige Forderung auf Neu-
einteilung der Wahlkreise zu unterstützen. Die
Nationalliberalen waren für die Neueinteilung der
Wahlkreise, lehnten aber das Reichstagswahlrecht
ab. Ihr Reformvorschlag ging darauf hinaus, für
das preussische Parlament ein Ruralwahlrecht ein-
zuführen. Nur die drei linksliberalen Parteien:
Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung
und Süddeutsche Volkspartei, führten in energischer
Weise den Kampf für das Reichstagswahlrecht und
die Neueinteilung der Wahlkreise.

Die Sozialdemokratie, die bisher im preussischen
Landtage noch nicht vertreten war, hatte eine
Wahlaktivist angeordnet, die ausgesprochenenmaßen
den Wahlrechtsfeinden von Vorteil war. Nicht
fluge Ueberlegung, sondern blinder Haß hatte diese
Taktik geboren. Und so führte gerade die Sozial-
demokratie den Kampf am schärfsten, aber nicht für
die Reform des Wahlrechts, sondern gegen die An-
hänger des Reichstagswahlrechts im bürgerlichen
Lager, nämlich gegen die freisinnigen Parteien.

Das ist ein Vorgang zum Nachdenken. Je
näher eine Partei den Forderungen steht, die auch
von der Sozialdemokratie vertreten werden, um so
viel schärfer wird gerade diese Partei von der
Sozialdemokratie bekämpft. Dabei kommen Schimpf-
worte zur Anwendung, die anständige Menschen
nicht einmal mit der Zunge anfassen möchten.
Werkst du, warum dies geschieht? Es ist nicht
schwer, diese Frage zu beantworten. Werden nicht
auch die Gewerksvereine, so lange sie bestehen, von
der Sozialdemokratie auf das gehässigste verfolgt?
Ja! Und siehe, je radikaler die Gewerksvereine auf-
traten, um so frivoler und gehässiger wurde der
von der Sozialdemokratie gegen sie geführte Kampf.
Warum?

Die Antwort liegt im einen wie im anderen
Falle nahe. Weil die linksliberalen bürgerlichen
Parteien noch zahlreiche Anhänger haben, die die
Sozialdemokratie gern haben möchte und —
weil die Gewerksvereine noch mehr als hundert-
tausend Mitglieder haben, die die sozialdemo-
kratischen Gewerkschaften gern haben möchten,
darum werden sie schlecht gemacht. Heute ist der
liberale ein Ausbund der Reaktion, der schon
morgen ein glorreicher Held ist, wenn er über Nacht
aus geschäftlichen Gründen — eine innere Wand-
lung ist nicht erforderlich — Sozialdemokrat ge-
worden ist. Der Gewerksvereiner ist ein Streik-
brecher, läßt er sich aber durch terroristische Mittel
zwingen, in eine sozialdemokratische Gewerkschaft
einzutreten, dann zählt er mit als ein revolutionärer
Klassenkämpfer. Wird die Arbeiterschaft in einen
Streik verwickelt, dann werden die Verblünder
sogar Lügen gestraft, denn die Gewerksvereiner
kämpfen nicht minder tapfer als jene selbst.

Und im Parlament? Das Abgeordnetenhaus
war bekanntlich zu einer nur wenige Tage dauern-
den Session zusammengetreten. Schon diese kurze
Tagung genügte, um das blöde Wahlkampfge-
schimpfe über die linksliberalen bürgerlichen Parteien,
die als reaktionär, volks- und arbeiterfeindlich hin-
gestellt werden, ad absurdum zu führen. Ein
Sozialdemokrat, nämlich Eduard Bernstein,
stellte in den „Sozialistischen Monatsheften“ in
einem Aufsatz: „Der Freisinn und unsere Presse“,
folgende Tatsache fest:

Die einseitige Unterstützung, die der sozialdemokratischen
Gruppe in dieser kurzen Tagung zu teil wurde, kam von
den Freisinnigen. Sie unterzeichneten den Antrag auf
Beurlaubung des Abgeordneten Dr. Liebknecht, und sie
nahmen mit den Sozialdemokraten gegen das Pfarren-
besoldungsgesetz Stellung. Natürlich getriggerte Begründungs-
weise und Angriffsweise dabei auch jedesmal den Unter-
schied zwischen Freisinn und Sozialdemokratie. Trotzdem
ist der Umstand, daß in der ersten Frage des parlamen-
tarischen Rechts und bei der ersten Gesetzgebungsfrage des
neuen Abgeordnetenhauses Freisinn und Sozialdemokratie
auf Seite an Seite standen, nicht ohne demonstrative Be-
deutung. Er behauptet, was ich kürzlich in dieser Zeitschrift
über die Position der sozialdemokratischen Gruppe im neuen
Abgeordnetenhaus schrieb, nämlich daß, wenn sie im Ab-
geordnetenhaus etwas wird ausrichten oder verhindern
wollen, sie sich in erster Linie auf eine Kooperation
oder Verhandigung mit den Freisinnigen angewiesen sehen
müsse.

Der bezeichnete Artikel hat von seiten der Redaktion
des „Vorwärts“ die Antwort gefunden, an die man von
jener Seite gewöhnt ist. Da er einige kritische Be-
merkungen enthielt, rief er, obgleich die Kritik eine streng
sachliche war, statt einer erspriehelichen Diskussion nur
Schmähe und Verdächtigung hervor. Welches
kann ich hier unerwidert lassen. Es wird genügen daran
zu erinnern, daß mehr als zwei Monate vor der Landtags-
wahl von mir bei Unterlegung der Aufgaben und Aus-
sichten des Wahlkampfes erklärt wurde, daß, wenn es der
Sozialdemokratie beim jetzigen Wahlsystem gelingen werde
aus eigener Kraft 6 bis 8 Landtagsmandate zu erringen,
dies schon als „ein großer Erfolg“ zu betrachten sein
würde, daß aber damit, und selbst wenn es noch eine
größere Zahl sein sollte, für die Demokratisierung des
Landtagswahlrechts „noch nur erst wenig erreicht“ sein
würde, daß wir also darüber die Aufgabe nicht aus dem
Auge verlieren dürften, die Mehrheitsverhältnisse im Landtag
nach Möglichkeit zu ändern.

Wollte die Sozialdemokratie das praktische
Ziel, ein besser zusammengesetztes Parlament zu er-
zielen, ernstlich ins Auge fassen, dann würde sie
die bürgerliche Linke, auf die sie angewiesen ist,
stärken helfen. Bernstein verwirft daher ganz mit
Recht die gehässige Kampfesweise der Sozialdemo-
kratie, durch die mit der einen Hand wieder
zunichte gemacht wird, was mit der anderen ge-
schaffen werde. Bernstein erkennt auch an, daß
eine Sozialdemokratie, die ihr Tun und Lassen
von der Hoffnung und Rücksicht auf einen in nahe
Zeit eintretenden Generalumsturz bestimmen ließe,
für eine bürgerlich-demokratische Partei unmöglich
als Bundesgenosse in Betracht kommen könne.

Die Junkerherrschaft wäre mit einem Schläge
zu brechen, wenn die Sozialdemokratie durch ihr
Verhalten ein friedliches Nebeneinandergehen aller
Wahlrechtsfreunde ermöglichte. Und welchen Ein-
fluß könnte die deutsche Arbeiterbewegung erlangen,
wenn die Sozialdemokratie es aufgeben wollte,
Haß und Zwietracht in die Arbeiterorganisationen
und zwischen diese zu tragen!

Bernstein stellt fest, daß der Freisinn in den
Debatten über die Fragen der Wirtschaftspolitik
am besten an der Seite der Sozialdemokratie ge-
standen wurde, am besten mit ihr gegen den
großindustriellen und kommerziellen Neufeudalismus,
die Zünfterei und das Agrarierturn Stellung

nahm. Die Masse der Freisinnigen bestehn nicht
aus Fabrikanten und Börsenleuten, sondern aus
Kleinbürgern, Bauern, Lehrern und Angestellten
aller Art. Es sei deshalb sinnlos, im Kampf mit
den Freisinnigen zu verhaseln, daß das Gros seiner
Anhänger uns in dem großen Kampf der Zeit
schließlich doch am ehesten zur Seite stehen muß.
Sinnlos und zweckwidrig. Man täusche sich damit
selbst und schaffe nutzlose Bitterkeit und arbeite im
übrigen für die Scharfmacher im anderen Lager.

Sehr richtig!
Um zu zeigen, daß mit einer sachlich-
verständigen Art die wirklichen Interessen der
Arbeiter besser gefördert werden, verweist Bernstein
auf seine englischen Erfahrungen. In Deutschland
wird jeder Gesetzesentwurf, wenn er nicht alle Forde-
rungen der Sozialdemokratie erfüllt, in Grund und
Boden hinein verdammt. Das ist mit einer Ur-
sache dafür, daß bei uns zu Lande die Sozial-
politik ins Stocken geraten ist. Die englischen
Arbeiterführer haben sich z. B. jetzt bei dem Alters-
versicherungsgezet — siehe den besonderen Artikel —
sehr verständig geäußert. Der Gesetzesentwurf ist
von der liberalen Regierung eingebracht worden.
Einer der englischen Arbeiterführer (Mac Donald)
beglückwünschte die „alten Leute zum Beginn eines
großen Stückes sozialer Besserung“. Ein anderer
(Burnes) sagte: „... Wir werden uns nicht an
seiner Verklemmerung beteiligen; wir haben keine
spöttischen Worte für die, die seine Einbringung
ins Parlament bewirkt haben. Wir bewillkommen
das Gesetz, weil wir wissen, daß es in Laufenden
bescheidener Heime frohe Botschaft bringt!“

Bernstein rät damit, anzuerkennen, wenn Andere
etwas machen, was als ein Fortschritt anzusehen
ist. Damit werde das Interesse der Arbeiter ge-
fördert und dem Sozialismus nicht geschadet. Im
englischen Parlament hört man auf die Vertreter
der Arbeiter, im Reichstage bleibt die Sozialdemo-
kratie infolge ihrer demagogischen Art einflußlos.
Ein Arbeiterfreund im bürgerlichen Lager vermag
mehr für die Arbeiter im Parlament zu tun, als
eintliche Dugend Sozialdemokraten vom Schläge der
Ueberradikalen.

Bernsteins Klageruf, man könne doch den
Fortschritt nicht in der Verwilderung des
politischen Lebens erblicken, wird bei der
heutigen Sozialdemokratie ebenso verhallen, wie
seine guten Ratschläge taube Ohren finden. Seine
„zielbewußten“ Genossen sorgen schon dafür, daß
das Junkertum noch gute Tage hat und die
Arbeiterschaft ohnmächtig bleibt im Kampfe für
seine bürgerlichen Rechte.

Wohnungsaufsicht und andere Wohnungs- fragen.

In Nr. 51 des „Gewerksverein“ konnten wir an
der Hand des 4. Jahrbuchs der Wohnungsreform
über Neuercheinungen auf den Gebieten der Wohnungs-
reform und der Wohnungsfürsorge berichten. Eine
kleine Nachlese soll die damaligen Angaben vervoll-
ständigen.

Ohne allgemeine staatliche oder städtische
Wohnungsaufsicht wird auf die Dauer nicht aus-
zukommen sein. Das Großherzogtum Vestein
marschierte auf diesem so überaus wichtigen Gebiete
bisher an der Spitze der deutschen Bundesstaaten,
hat es doch die Wohnungsaufsicht durch Gesetz für
alle Gemeinden eingeführt. Neuerdings sind andere
Bundesstaaten erfolgreich bemüht gewesen, den heftigen

Spuren zu folgen. So ist in Württemberg die Wohnungsaufsicht auf alle Gemeinden ausgedehnt worden, die Regierung hat ferner die Anstellung eines Landeswohnungsinspektors nach heftigem Vorbilde in Aussicht genommen. Auch das Herzogtum Gotha hat im Jahre 1907 die obligatorische Wohnungsaufsicht eingeführt. Das gotthaische Gesetz wird vom Jahrbuch als ein Fortschritt bezeichnet, da es den Behörden die Möglichkeit läßt, die Vorschriften über die Beschaffenheit und Benutzung von Wohnungen und sonstigen Räumen, die zum längeren Aufenthalt von Menschen dienen, ganz dem herrschenden Bedürfnis und unter Berücksichtigung hygienischer, sozialer und sittlicher Gesichtspunkte anzupassen. Im Herzogtum Meiningen ist ein Gesetzesentwurf zur Regelung des Schlafstellenwesens und Einführung der Wohnungsinspektion in Vorbereitung. In Bayern hat die Handhabung der Wohnungsaufsicht erhebliche Fortschritte gemacht. Nach der „Zeitschrift für Wohnungswesen in Bayern“ waren bereits 33 Wohnungsinspektoren in 29 Städten tätig. Außerdem bestehen in zahlreichen Gemeinden Wohnungskommissionen. Im September 1907 hat das Ministerium des Innern die Gemeinden wiederholt auf die Durchführung der Wohnungsaufsicht hingewiesen. Auch aus anderen Bundesstaaten wird erfreuliches berichtet über die Durchführung einer sachgemäßen Wohnungsinspektion. In Preußen steht Essen an der Spitze der Städte, die auf diesem Gebiete tätig sind. Drei Wohnungsinspektoren wirken in Essen im Hauptamt, von ihnen wurden im Jahre 1906 im ganzen 2164 Wohnungen mit 372 Häusern untersucht, außerdem wurden 4197 Wohnungen nachgeprüft, die schon früher einer Untersuchung unterzogen worden waren. In den 372 Häusern ergaben sich 1234 Verstöße gegen die Wohnungsordnung, darunter 256 mal Ueberfüllung von Wohnungen und 244 mal waren Räume zum Wohnen ungeeignet. Die Berichte der Inspektoren in anderen Städten melden häufig: „Mangel an Licht“, „Feuchtigkeit“, notwendige „Aufsicherungsarbeiten“, „Ueberfüllung“ u. a. m. Im Großherzogtum Hessen war die Zahl der Beanstandungen im Jahre 1906 erheblich größer als in den Vorjahren, was der Bericht auf das wachsende Bedürfnis der Aufsichtsorgane für ihre Aufgabe zurückführt. Zum Wohnungsaufsichtsdienst will man in Hessen nunmehr auch die Frauen heranziehen.

Der damalige Staatssekretär des Innern, Graf von Solodow, sagte einmal gelegentlich der Einweihung einer Genossenschaftsanlage u. a.: „Die unbedingte Notwendigkeit erhöhter sittlicher und hygienischer Fürsorge zeigt sich in den großen Zentren unseres Arbeitslebens und Verbreitens am klarsten auf dem Gebiete der Wohnungsfrage, denn die Wohnung hat den nachhaltigsten Einfluß auf den sittlichen und körperlichen Zustand der Familie“. Diese Worte des Sozialpolitikers auf dem Ministerstisch sind vollumfänglich begründet. Deshalb ist auch eine Seelung unseres Wohnungswesens so überaus notwendig. Sehr viel vermag, worauf hinzuweisen wir nicht unterlassen wollen, der Einzelne selber aus eigenem Willen tun. Reinlichkeit und Sauberkeit sind z. B. vor allem für jede Wohnung als Vorbedingung hygienischer Sorgfalt geboten, Verwahrlosung muß mit Reinlichkeit ferngehalten werden. Die beschränkte Aussicht soll nur verhüten, daß ungeeignete Räume zum Wohnen benutzt werden; sie soll ferner dafür sorgen, daß vorhandene Mängel beseitigt und endlich auch, daß durch die öffentliche Verleumdung und den Austausch von Erfahrungen Wege zur Abhilfe gesucht und möglichst gefunden werden. Die Wohnungsfrage ist aber sehr oft nicht zu trennen von anderen sozialen Problemen, deshalb geht es auch nur langsam vorwärts und manchmal scheint es, als ob eine Lösung der schwierigen Frage überhaupt nicht möglich sei. So ist es z. B. mit dem Schlafgängerwesen, das zum Untervein wird, wenn kinderreiche Familien, in kleinen Wohnungen wohnend, aus irgend einem Grunde Schlafgänger aufnehmen. In Berlin gab es z. B. 1905 35435 Haushaltungen mit Schlafleuten, darunter in 15765 Familien mit Kindern. In einem Wohnraum wurde in 1908 526 Fällen (darunter 526 mit Kindern) an Schlafleuten vermietet. Welche schweren Gefahren schlummern in diesem engen Zusammenwohnen! Dem Schlafstellenwesen wird ja neuerdings eine größere Aufmerksamkeit geschenkt, der Grund des Übels ist aber nicht durch Inspektionen zu beseitigen. Durch ihre traurige wirtschaftliche Lage werden nicht wenige gezwungen, ihre an sich schon kümmerliche Behausung mit anderen zu teilen, die auch nicht in stande sind, sich eine bessere zu wählen. Arbeits- und Lohnverhältnisse sprechen eben bei der Wohnungsfrage ein gar wichtiges Wortchen mit. Die Besserung dieser Verhältnisse durch tätige Mitglieder der Arbeiterorganisationen ist darum ein nicht zu unterschätzendes Hilfsmittel zur Lösung der Wohnungsfrage. Hiermit muß Hand in Hand gehen eine vernunftgemäße Stellungnahme der Gesetzgebung zur Boden- und Steuerfrage, um ungezogenen Mietspreissteigerungen vorzubeugen. Mehrfach ist versucht worden, das Schlafgängerwesen durch Errichtung von Ledigenheimen einzu-

schränken, doch ist dies nur in mäßigem Tempo geschehen, das, wie es im Jahrbuch heißt, mit solchen Feinheiten nicht immer gute Erfahrungen gemacht worden sind. In Rheinland und Westfalen haben Bechen und sonstige Großbetriebe vielfach Ledigenheime errichtet, auch von Seiten gemeinnütziger Vereine ist es geschehen. Aus Ulm wird berichtet, daß das dortige Ledigenheim für Arbeiterinnen, Radnerinnen usw. wegen dieser Bezeichnung nur wenig benutzt wurde, weshalb man ihm den Namen „Märthaheim“ gab. Seitdem hat sich die Frequenz wesentlich gehoben, wozu allerdings auch einige Verbesserungen in der Hausordnung mit beitragen. Auf Anregung des verdienstvollen Stadtrats Dr. Flesch hat die Altiergesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. ein Witwerheim errichtet, das im Jahre 1908 von 23 Leuten mit 76 Kindern bezogen werden konnte. Ein der Nachahmung werter Versuch! Weniger Geschmack vermag der Verfasser der aus Dänemark importierten Wohnform der Wohnhäuser mit Zentralhaushaltungen, mit der jetzt in der Nähe Berlins Versuche angestellt werden, abzugewinnen. In gewissen Fällen wird der gemeinsame Haushalt allerdings nützlich sein können, darüber hinaus würden seiner Einführung denn aber doch erhebliche Schwierigkeiten und auch Bedenken erster Art entgegenstehen.

Schließlich sei auch noch Erwähnung getan einer in Solingen getroffenen Neueinrichtung, die der Beachtung weiter Kreise wert erscheint. In genannter Stadt haben sich der Hausbesitzerverein, dem eine maßvolle und verständige Haltung nachgerühmt wird, und der Mieterverein aus einem gemeinsamen Mietsvertrag geeinigt, als dessen weitere Folge ein Einigungsamt für Mietsstreitigkeiten ins Leben trat. Nach einem von dem Vorsitzenden des Solinger Mietervereins in der „Sozialen Praxis“ veröffentlichten Artikel hat sich die Einrichtung sehr gut bewährt.

Englands geplante Altersversicherung.

Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat in ihrer Genser Versammlung vom Ende September 1906 sich eingehend beschäftigt auch mit der schwierigen Frage der internationalen Gegenseitigkeit bei Gewährung von Unfall- und Invalidenrenten bezw. auch in der Krankenversicherung. Wir haben über diese Verhandlungen, an welchen auch unser Kollege Goldschmidt teilnahm, in Nummer 40, Jahrgang 1906, eingehend berichtet. Wir erinnern uns, daß die Verhandlungen gerade mit England insofern gewisse Schwierigkeiten machte, als die Vertreter dieses Landes einer staatlichen Versicherungs-gesetzgebung sehr kühl, zum Teil sogar ablehnend gegenüberstanden. So lange aber die einzelnen Staaten selbst keine Arbeiterversicherungs-gesetzgebung haben, kann natürlich auf diesem Gebiete eine internationale Gegenseitigkeit nicht bestehen. Da darf es sicherlich als ein Verdienst unserer internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz angesehen werden, daß nunmehr auch England seinen Widerstand aufgeben und zunächst eine Altersversicherung einführen will.

Der Entwurf, der in dieser Woche das Haus der Lords (englisches Herrenhaus) beschäftigte, kann nur als eine Ablehnung an das deutsche Gesetz, nicht aber als eine gleichartige Uebersetzung desselben angesehen werden. Es soll nur eine Altersrente, keine Invalidenrente gewährt werden. Der Staat selbst zahlt alle Kosten dieses Gesetzes. Es wird trotzdem nur auf eine Jahresausgabe von 120—200 Millionen Mark gerechnet. Daraus geht schon hervor, daß nur eine kleinere Anzahl von Personen in den Genuß der Rente kommen wird. Ein englisches Blatt („Financial Chronicle“, London) schildert den Gesetzesentwurf wie folgt:

Nach diesem Gesetz erhält jeder englische Staatsbürger unter gewissen Bedingungen, der das siebzehnte Lebensjahr überschritten hat, den Anspruch auf eine vom Staate zu zahlende Pension von wöchentlich 5 Mark, ohne daß er selbst zur Aufbringung der Kosten dieser Pension etwas beizusteuern hätte. Es handelt sich also um eine Alters-Pension im engsten Sinne des Wortes, und der Gedanke der Invaliditäts-Versicherung, der in der deutschen Sozialversicherung eine so große Rolle spielt, fehlt im englischen Gesetz ganz. Doch gab die Regierung im Verlaufe der Debatte zu, daß eine Erweiterung nach dieser Richtung hin wünschenswert wäre. In diesem Zusammenhang sei das interessante Gerücht erwähnt, daß Mr. Lloyd-George die Parlamentsferien zu einer Reise nach Deutschland benützen wird, um die deutsche Sozialversicherung in ihren Einzelheiten zu studieren. Bekanntlich gibt es in England noch immer keine obligatorische Krankenversicherung und Unfallversicherung; die Arbeiter haben zwar einen Anspruch auf Invaliditätsgeld, der aber nur gegen den individuellen Unternehmer geht, so daß, wenn dieser zahlungsunfähig wird, der Arbeiter um sein Recht kommt.

Das Ausmaß der Pension von 5 Mark pro Woche wird aber wesentlich modifiziert durch die

gleitende Skala, welche die Regierung im Laufe der Diskussion zugestanden hat. Nach der ursprünglichen Vorlage waren vom Pensionsbezug alle die ausgeschlossen, deren etwases Einkommen 10 Mark die Woche überschritt. Dies erregte große Unzufriedenheit, weil viele Arbeiter und Angestellte von ihren Vermögenswerten und freiwilligen Hilfsleistungen Alterspensionen von mehr als 10 Mark pro Woche beziehen und so also keinen Anspruch auf Pension gehabt hätten. Die Regierung gab nach, so daß jetzt auch Leute bis zu einem Einkommen von 12 Mark pro Woche pensionsberechtigt sind. Während aber ursprünglich beabsichtigt war, daß das höchstzulässige Ausmaß für Einkommen und Pension 15 Mark die Woche bilden sollte, ist die Grenze jetzt auf 13 Mark festgesetzt worden. Wer gar kein eigenes Einkommen hat, erhält eine Pension von 5 Mark; wer aber ein Einkommen bis zu 12 Mark besitzt, eine solche Pension, daß Einkommen und Pension zusammen nur 13 Mark ausmachen. Gelingen hat die Regierung zugestanden, daß zwei, in gemeinschaftlichem Haushalt lebende Personen von siebzig Jahren und darüber ihre volle Pension erhalten, während sie nach der ursprünglichen Vorlage zusammen statt 10 Mark nur 7 1/2 Mark beziehen sollten.

Ausgeschlossen von der Pensionsberechtigung sind alle diejenigen, welche zu einer Gefängnisstrafe verurteilt sind, und zwar dauert diese Ausschließung zehn Jahre nach Fällung des Urteils. So unangenehm diese Ausschließung ist, zumal den Leuten ja das Recht auf Armenunterstützung unbenommen bleibt, so sehr hat es Anstoß erregt, daß die Regierung auch alle diejenigen ausschließt, die zu irgend einem Zeitpunkt seit dem 1. Januar 1908 Armenunterstützung bezogen haben. Diese ausschließende Bestimmung trifft sehr viele ehrenwerte arme Leute, die nur wegen der Hilfe der Armenbehörden in Anspruch nehmen und denen es viel lieber wäre, wenn sie statt dessen eine Pension beziehen könnten. Die Regierung aber hat versprochen, daß dies nur vorläufig gelten soll, etwa bis zum Jahr 1910. Wer eine Pension beziehen will, muß aber auch die Behörden davon überzeugen, daß er nicht arbeitsfähig gewesen und nicht durch eigenes Verschulden in die Lage gekommen ist, eine Pension verlangen zu müssen. Von der praktischen Handhabung dieser Bestimmung wird es abhängen, ob das Gesetz wirklich eine staatliche Pension, oder ob es doch nur die alte Armenunterstützung unter einem neuen Namen bedeutet. Von verschiedenen Seiten wurde die Befürchtung geäußert, daß diese Bestimmung die gegenwärtige Abhängigkeit der Arbeiter noch vermehren wird, weil es ja doch nur die irdlichen Honoratioren sein werden, die über die Würdigkeit zum Bezug einer Pension zu entscheiden haben werden. Immerhin bringt das Gesetz für den ländlichen Arbeiter bedeutend mehr als für den städtischen Arbeiter. Erstens weil der ländliche Arbeiter weit eher Aussicht hat, die Altersgrenze von siebzig Jahren zu erreichen als der städtische Arbeiter, und zweitens weil eine Pension von 5 Mark die Woche auf dem Lande wirklich eine große Hilfe bedeutet und eine Existenz ermöglicht, während es in London fraglich ist, ob die Leute mit der Armenunterstützung nicht besser daran sein würden als mit der Pension; dabei ist nur an die Armenunterstützung in Geld und Brot gedacht, nicht aber an die Aufnahme ins Armenhaus, wo die Erhaltung der Zufassen weit mehr kostet als 5 Mark pro Woche.

Die beste Charakteristik des Gesetzes hat wohl der „Daily Chronicle“ geliefert. In Form eines Bildes, das ein altes gebrechliches Paar zeigt, das aus der Dämmerung der aufsteigenden Sonne entgegensteht. Rein wirklich großes Resultat, sagt die Legende zu diesem Bild, aber der Anbruch des Morgens eines Zeitalters der Sozialreform. In diesem Sinne haben wenigstens Viele das Gesetz trotz seiner offensichtlichen Schwächen begrüßt.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 24. Juli 1908.

Der englische Gewerkevereinsführer, Sir William Randal Cremer, Mitglied des englischen Parlaments und Begründer der Interparlamentarischen Friedenskonferenzen, ist, wie wir der Free Press entnehmen, Mittwoch, den 22. Juli, im Alter von 70 Jahren gestorben.

Sir William Randal Cremer, geboren 1838 in Farnham (Sampshire), wurde Tischler und arbeitete sich dank seiner guten Anlagen und Energie bald aus den bescheidensten Verhältnissen empor. Er nahm seit 1859 leitenden Anteil an der Arbeiterbewegung und wurde 1885 als Kandidat der Liberalen ins Unterhaus gewählt, dem er seitdem mit Ausnahme der Jahre 1895—1900 angehört hat. Cremer ist einer der eifrigsten Förderer der Friedensbewegung und Mitbegründer der Interparlamentarischen Friedenskonferenzen. Er war Sekretär der Internationalen Schiedsgerichtsstige deren Organ „Arbitrator“ er heraus-

and, und unternahm zur Förderung der Friedensbewegung zahlreiche Reisen nach fast allen Ländern Europas und nach Amerika. 1903 wurde ihm der Nobelpreis für Friedensbestrebungen verliehen. Mit Greiner ist wieder eine der markantesten Erscheinungen im politischen Leben Englands dahingegangen. Sein Hinscheiden werden alle aufrichtigen Friedensfreunde in der ganzen Welt bedauern.

Wir hatten uns seiner persönlichen Bekanntschaft zu erfreuen. Selbentlich seiner Besuche in Berlin nahm er auch wiederholt an den Sitzungen des Zentralrats teil. Noch vor wenigen Wochen schrieb er in der Friedensfrage einen Brief an unseren Kollegen Goldschmidt und stellte für September seinen Besuch in Berlin in Aussicht.

Das war von besonderem Wert, denn gerade gegenwärtig sind die Kriegsbeher wieder am Werke. Der verstorbene Arbeiterführer versicherte uns in seinen Briefen der aufrichtigen Friedensliebe der englischen Arbeiter und wir konnten ihm antworten, daß die deutschen Arbeiter diese Gesinnung vollständig teilen.

Wir werden dem hochverdienten Friedensfreunde und Freunde der Gewerkschaften ein dankbares Andenken bewahren.

Verbandsrat der Deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Am 27., 28. und 29. August findet in Tena die diesjährige Verbandsversammlung des Verbandes der Deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte statt.

Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe wichtiger, besonders die rechtliche Lage des Arbeitervertrages betreffenden Punkte, über die bedeutende Autoritäten referieren werden.

Unsere Kollegen, die als Weiliker in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten tätig sind, ersuchen wir dringendst dafür zu sorgen, daß von jedem Gewerbegericht mindestens ein Vertreter auch aus unseren Reihen delegiert wird. Diesbezügliche Anträge müssen, wo das noch nicht geschehen, umgehend beim Gerichtsprotokollenden gestellt werden.

Wir bitten diejenigen Kollegen, die als Delegierte entsandt werden, uns davon baldmöglichst unter genauer Angabe ihrer Adresse Mitteilung zu machen.

Fremde Arbeiter sollen den einheimischen vorgezogen werden! So verlangt es die preussische Regierung. Die organisieren Tiefbauunternehmer hatten dem Minister der öffentlichen Arbeiten ersucht, ihnen beim Import ausländischer Arbeiter keine Schwierigkeiten zu machen. Die Vergünstigung, die den Agrariern zuteil geworden, müßte auch auf sie angewendet werden. Die Eingabe hatte Erfolge. Die „Deutsche Tiefbau-Zeitung“ bringt folgenden Bekcheid des Ministers zum Ausdruck:

„Dem Bedürfnis der Tiefbauunternehmer nach Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte wird im Bereiche der mir unterstellten Verwaltung bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen. So ist die frühere Bestimmung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Fels-, Kohlungs- und Abführungsarbeiten, monach bei der Annahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeitssucher vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen waren, aufgehoben, und es ist den Unternehmen ausdrücklich anheimgestellt worden, ihren Bedarf an Arbeitern durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zu decken. In wie ausgedehntem Maße hierzu Gebrauch gemacht worden ist, beweist die Tatsache, daß beispielsweise allein von den Unternehmern staatlicher Eisenbahnbauten um die Mitte des vorigen Jahres über 23 000 ausländische Arbeiter beschäftigt wurden. Zu derselben Zeit wurden von dem bei der Ausführung staatlicher Damm- und Wasserbauten tätigen Unternehmern unter 18 500 Arbeitern 1960, also 10 Proz. Ausländer beschäftigt. Bei den nach dem Wasserstraßen-Gesetz vom 1. April 1905 auszuführenden großen Wasserbauten wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden. Die in der Eingabe vom 11. v. M. erwähnte Unterstützung der deutschen Feldarbeiter-Zentrale soll dabei auch den Tiefbau-Unternehmern zuteil werden. Die Baubehörden haben den Auftrag erhalten, der genannten Zentrale die Namen der in ihrem Bezirk tätigen Unternehmer bekannt zu geben, damit sie sich von vornherein an diese mit ihrem Arbeiterangebot wenden kann, und die Unternehmer werden in der Lage sein, sich mit der Zentrale unmittelbar in Verbindung zu setzen. Auch bei der Heranziehung polnischer Arbeiter sind den Tiefbauunternehmern keinerlei Schwierigkeiten bereit worden. Alle im Jahre 1907 von Tiefbauunter-

nehmern getellten Anträge auf Zulassung polnischer Arbeiter sind unter meiner Zustimmung vom Herrn Minister des Innern genehmigt worden. In gleich entgegenkommender Weise ist auch im laufenden Jahre verfahren worden, und bei den erwähnten großen Wasserbauten werden nach einer mit dem Herrn Minister des Innern getroffenen Vereinbarung die von den Unternehmern ausgehenden Anträge, soweit möglich, Berücksichtigung finden.“

Der Herr Minister scheint bei seiner Antwort ganz übersehen zu haben, daß wir uns im Zeichen einer wirtschaftlichen Depression befinden und zahlreiche Arbeiter ohne Beschäftigung sind. Die Städte zerbrechen sich die Köpfe darüber, wie sie Erdarbeiten zur Beschäftigung von Arbeitslosen beschaffen können, der Staat aber hilft den Unternehmern, ausländische Arbeiter heranzuziehen. Die Unternehmer sind nicht mehr gehalten, die einheimischen, in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden, geeigneten Arbeitssucher vorweg zu berücksichtigen. Die einheimischen Arbeitslosen sollen auf die schlechter bezahlte Landarbeit gehen und die fremden Arbeiter können zu besseren Löhnen bei den staatlichen Arbeiten beschäftigt werden! Das ist die Sozialpolitik, die Preussens Regierung unter dem Drucke des agrarischen Junkertums betreiben muß! Unser heutiger Leitartikel beschäftigt sich mit der Frage, warum das noch so ist.

Arbeiterbewegung. Im Baugewerbe Südbayern sind jetzt ebenfalls die Tarifverhandlungen zum Abschluß gelangt. Der Tarifvertrag umfaßt außer Augsburg noch 13 umliegende Ortschaften. Die Ausprägung sämtlicher Arbeiter auf der Schiffsverft „Bulkan“ in Stettin wird seitens der Direktion noch ausreicht erhalten. Diefelbe hat jedoch dem Arbeiterschuß mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen in bezug auf die Ueberstundenarbeit bereit sei. — Die Generalausperrung für das gesamte Baugewerbe in Wittenberg (Saal) ist dadurch verhütet worden, indem sowohl die Unternehmer als auch die Dachdecker von ihren bisherigen Forderungen nachließen. — Der Streik der Böttcher in Jngolstadt ist mit einem Siege der Arbeiter beendet worden. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. — Der Ausstand der Zimmergesellen in Aichersleben ist beendet, weil die Arbeitgeber der geforderten Lohnerhöhung und dem aufgestellten Lohntarif zugestimmt haben. — Der Streik der Heizer und Maschinenisten auf den holländischen Rheindampfern wurde erfolglos beendet, dagegen sind die Kapitane, Steuerleute und Matrosen in eine Lohnbewegung eingetreten. — Der Ausstand bei der Maschinenfabrik von Brown, Boveri & Co. in Mannheim, an dem 1400 Arbeiter beteiligt waren, ist nach einer Dauer von sechs Wochen beendet. Die Arbeit wird zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. — Für die Berliner Wäscheindustrie soll ein neuer Tarif abgeschlossen werden. Die Arbeitgeber verlangen eine Verlängerung des alten Tarifs auf fünf Jahre. Die Vertreter der Arbeiter wünschen eine Lohnerhöhung im zweiten Tarifjahr und freie Lieferung der Materialen. Eine Einigung konnte noch nicht erzielt werden.

Der „Vorwärts“ und das sozialdemokratische „Anhalter Volksblatt“ sind einander wert. Das beweisen beide wieder einmal in ihrem Streit um den Vorprung in der Kuppigkeit. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Wie wir der „Offener Arbeiterzeitung“ entnehmen — wir selbst hatten das trübseligweise übersehen — hat unser Leitartikel „Zeppelin“ nicht nur das Mißfallen bürgerlicher Luftschwebel, sondern auch in der Redaktion des Anhalter Parteigorgans das mißbilligende Schütteln von gleich vier Köpfen erregt. Diese vorbereitende Geistesarbeit fand dann ihre Fortsetzung in einem kritischen Erguß, in dem nicht nur jener harmlose Artikel der vernichtenden Kritik besagter Luftschwebel erbarungslos preisgegeben, sondern auch dem „Vorwärts“ gleich gründlich der Standpunkt folgendermaßen klar gemacht wurde:

„Der „Vorwärts“ ist nicht die Sozialdemokratie. Unsere Gegner aber tun so, als ob jede „Vorwärts“-Aeußerung die ganze Sozialdemokratie verpflichtete. Das ist natürlich Unfug. Der „Vorwärts“ ist der „Vorwärts“ und weiter nichts. Wenn er Unfug schiebt — und das kommt vor — dann ist noch lange nicht bewiesen, daß die Sozialdemokratie als Ganzes für diesen Unfug verantwortlich sei.“

Man könnte meinen, daß diese parteiinteressierte Feststellung nicht gerade übertrieben lächerlich sei, sinkenmalen sich mindestens ein Duzend Parteiblätter durch Abdruck unseres Artikels sapfälligerweise zur Zweiteverbreitung unseres „Unfugs“ hergegeben haben. Aber das ist nur Schein! Das „Anhalter Volksblatt“ wollte offenbar nur in feinsinniger Weise zu verstehen geben, daß die bürgerliche Presse für Auslassung des „Volksblattes für Anhalt“ nicht die sozialdemokratische Partei verantwortlich machen dürfe. Dieser Wink mochte unserem Anhalter Parteigorgan um so stolzenriger erscheinen, als die Parteipresse es sich längst ab-

gewöhnt hat, ihrem Kopfschütteln über so manchen Leistungen des „Volksblattes für Anhalt“ durch besondere Verwahrungen Ausdruck zu geben!

Und so schütteln die Sozi in Berlin und Dessau die Köpfe über den Unfug den sie schreiben und um zu beweisen, daß sie an Kuppigkeit einander nicht nachstehen. So lange es sich dabei noch um die Luftschiffahrt handelt, mag es noch gehen. Leider sind diese Blätter und viele ihrer Art auch ruppig im Verbehen der Arbeiter untereinander. Geht es dabei gegen die Gewerksvereine, dann drucken alle den Unfug ab, den eines der Blätter schreibt. Und alle preisen den Unfug als Weisheit! Geraten sie aber miteinander in die Haare, dann werfen die einen den anderen vor, Unfug geschrieben zu haben. Und dann haben sie wirklich recht, die einen wie die anderen.

Die Arbeiter sind wieder einmal die Schuldigen an einer großen wirtschaftlichen Kalamität, nämlich an der Teuerung aller Lebensbedürfnisse. Die „Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung“, wohl ein agrarisches Organ, führt die Teuerung einzig auf die Steigerung der Löhne zurück. Von der Verteuerung der Lebensmittel durch die Zollpolitik schweigt sich das Blatt aus, wie könnte es sonst auch alle Schuld den Arbeitern zuweisen. Die Verbesserung der Löhne war aber gerade mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebensmittel auf einer unabwendbaren Notwendigkeit geworden. Doch hören wir die Klagen des genannten Blattes an:

„Die Teuerung im gesamten Wirtschaftsleben, welche 1906 im Deutschen Reich eingestiegen hat, hat 1907 wohl ihren Höhepunkt erreicht, aber mit Ausnahme der Erzeugnisse von ein paar Großindustrien ist ein Kreisrückgang kaum zu spüren. Das hat seinen Grund darin, daß sich die letzte Hochkonjunktur in einem sehr wesentlichen Punkte von früheren Hochkonjunkturen unterschieden hat. Jede Hochkonjunktur der letzten dreißig Jahre hat in Deutschland eine sehr erhebliche Steigerung der Löhne gebracht. Diese Lohnsteigerung ist im wesentlichen aus dem Unternehmern Gewinn gegahst worden, und derselbe ist dabei im Durchschnitt ganz wesentlich zurückgegangen. Endlich aber war ein Punkt erreicht, wo das nicht mehr möglich war. Die Industrieanlagen begannen in allgemeinen nicht mehr denjenigen Zinsbetrag zu bringen, den sie selbst 1906 und 1907 für geliehenes Geld zahlen mußten. Wenn der Industrie überhaupt noch Geld zugeführt werden sollte und nicht der Witrom des Geldes namentlich nach Ländern mit einer besseren Erträge bringenden Industrie zu einer allgemeinen Gefahr werden sollte, so blieb nichts übrig, als eine allgemeine Preissteigerung der Erzeugnisse. Es ist das Merkmal der letzten Hochkonjunktur im gesamten Gewerbeleben, daß der Mehraufwand, den Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr in ihr auf höhere Löhne verwenden mußten, auf die Preise ihrer Erzeugnisse — mit Einschluß der Frachten — geschlagen worden ist. Dies ist in mehrfacher Hinsicht eine Wohltat gewesen. Denn einmal hat es der Industrie ein Weiterarbeiten ermöglicht, und lobann ist endlich der großen Masse der Verbraucher durch eine wirtschaftliche Erscheinung zu Gemüte geführt worden, worin die Verhältnisse gelongen, wenn nicht nur der Landarbeiter, sondern mit ihm die gesamte öffentliche Meinung nach einer immer weiteren Lohnsteigerung für die handarbeitenden Klassen schreit, als handelte es sich dabei um eine Angelegenheit von brennendstem wirtschaftlichen Interesse. In der letzten Zeit der Geschäftsbüße haben die Löhne jedes neue Haus verteuert. Infolgedessen sind die Hausmieten gestiegen. Jede Stiefelsohle und jedes Hemd, jeden Schuh und jedem Hammer, jede Lampe und jede Karte haben die höheren Aufwendungen für Löhne, welche für sie gemacht werden mußten, im Preise in die Höhe getrieben. Jeder kleine Mann fühlt die Summe dieser Preissteigerungen schwer auf seinem Rücken, und mancher kleine Hausvater, der sich bis 1904 behaglich erhielt, hat zu starken Einschränkungen schreiben müssen. Der Mittelstand mit seinen zum sehr großen Teile festbegrenzten Einnahmen wird davon am fühlbarsten getroffen, ganz besonders auch der untere und mittlere Beamte. Der Rückgang der Dienstbotenzahl im Deutschen Reich redet in dieser Hinsicht eine beredte Sprache. Einzig aus dieser Tatsache, daß im wesentlichen die Lohnsteigerung die vorhandenen Preissteigerungen bewirkt hat, erklärt es sich, daß die Preise bei allen Verbrauchsgegenständen nicht werden wollen, trotzdem die Nachfrage stark nachläßt. Die einzelnen Verbrauchsgegenstände sind bei den heutigen Löhnen eben nicht wesentlich billiger herzustellen, als sie in den Großhandel gebracht werden. Ihre Herabsetzung ist nur möglich durch eine Verabsehung der Löhne, die in den meisten deutschen Industriezweigen demnachst Tatsache werden wird. Das wird kein Schaden für die deutsche Volkswirtschaft sein. Die Industrieentwicklung Englands hat gezeigt, daß hohe Löhne kein Glück für ein Volk und seine industrielle Bestimmung sind, wenn sie nicht mit entsprechend hoher Leistung Hand in Hand gehen. In jedem anderen Falle beeinträchtigen sie die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie, bedrohen deren Ertragsfähigkeit und treiben dadurch das Anlage suchende Geld ins Ausland. Die letzte Hochkonjunktur und ihre Weltnot kann der deutschen Industrie in dieser Hinsicht eine gute Lehre sein.“

Die Arbeitgeber-Zeitung stimmt diesen Behauptungen zu und hält sie für klar und überzeugend. Von der eigentlichen von uns einleitend erwähnten Ursache der notwendigen Lohnsteigerung sagt auch dies Blatt sein Wort. In der geplanten Erhöhung der Beamtenegehälter ist dies von Staatswegen ausdrücklich anerkannt. Die Arbeitgeber-Zeitung meint, ein Vorteil für die nationale Wirtschaft liege nicht in den höheren Löhnen.

Wird der Lohn erhöht, weil die Leistung gewachsen ist oder weil die übrigen Produktionskosten eine Minderung erfahren haben oder weil die sonstige Geschäftslage ein solches Entgegenkommen erlaubt und wünschenswert macht, kurz, ist die Lohnsteigerung eine Folge des freien Entschlusses der Arbeitgeber, die ihre Kalkulation in voller Ruhe und Freiheit angeht, so wird allerdings das Plus der gezahlten Löhne der Volkswirtschaft zugute kommen. Ist aber ein großer Teil der Lohnsteigerung durch Gewaltmaßnahmen seitens der Arbeiterschaft erzwungen, wird außerdem der mehrerhaltene Lohn nicht zur Besserung der Lebenshaltung, sondern zur Fällung der Partei- und Gewerkschaftskassen und für nutzlose Streiks vergeudet, so ist nicht einzusehen, welchen Vorteil die nationale Wirtschaft aus solcher, unter anderen Umständen wohl erfreuliche Erscheinung ziehen soll.

Wenn die Arbeiter immer auf den freien Entschluß der Arbeitgeber warten wollten, dann würden sie wohl in ihren Lohnverhältnissen nicht weit kommen.

Die Auslassungen zeigen im übrigen, daß sich über der Arbeiterschaft ein Gewölke am Himmel zusammenballt.

Beugt vor, durch zahlreichen Eintritt in die Gewerksvereine!

Gewerksvereins-Teil

§ Tuisburg. Die Gewerksgerichtswahl in Homberg. Die Gewerksgerichtswahl hat am 18. Juli nach dem Mehrheitswahlsystem stattgefunden. Die „Christlichen“ Gewerkschaften haben hierbei „gesiegt“. Wie? — aber wie? Darüber soll in nächstem Bericht werden. Drei Parteien empfahlen ihre Kandidaten, und zwar 1. die evangelische Arbeitervereine von Homberg und Hochheide und der Sächs-Dundersche Gewerksverein, 2. die „Christlichen“ Gewerkschaften, die katholischen Arbeitervereine und der evangelische Arbeiterverein Esenberg, 3. die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Während der Wahlkampf unfersterseits streng sachlich geführt wurde, kann das selbe von den „Christlichen“ Gewerkschaften nicht gesagt werden. Im Gegenteil wurde gerade von dieser Richtung in Artikeln in der „Ruhroter Volksz.“ (Zentrumsorgan) der Gewerksverein in allhergebrachter Weise nach W. Glöbbaacher Muster verdächtigt und verleumdet. All die schon längst widerlegten und abgehandelten Sachen wurden aus der Kumpellammer des „Christlichen“ Waffenarsenals hervorgeholt. Analog anderer Gewerksgerichtswahlen wurde auch wiederum von dieser Richtung am Morgen des Wahltags ein allen Anstandsformen höhnischprechendes Flugblatt verbreitet, worin die Gewerksvereine in der lebenswürdigsten Weise bedacht

wurden. Es wurde hier ganz nach dem Rezept von August Braß gehandelt.

Unsere Antwort konnte den Wählern bereits am 11 Uhr übergeben werden. Um 6 Uhr jedoch waren es dieselben „Christlichen“ Gewerkschaften, die noch mit einem weiteren 3-lugblatt auf dem Plane erschienen, indem jetzt, nach dem sozialdemokratischen Muster, nur noch von „Kirchen“ die Rede war. Ein Beweis von dem ungeheuren Bildungsgrade des Flugblattverfassers. Wir waren uns vollständig darüber klar, daß gerade von dieser Richtung mit allen zu Gebote stehenden „Mitteln“ — gearbeitet wurde. Feststellen können wir z. B., daß der Herr Kaplan von Hochheide allein 70-80 Eintragungen eigenhändig in die Wählerliste bewirkt hat. Wenn das nicht zecht, zieht gar nichts mehr. Schon dieses allein spricht Bände. Aber auch die mündliche Agitation von dieser Seite stand in voller Blüte.

Im Wahlvorstand saß neben einem Arbeitgeber auch ein Arbeitnehmer, der der christlichen Gewerkschaft angehörte und von dieser Seite erneut als Kandidat aufgestellt war. Dieser Herr, Düren mit Namen, benutzte seine Zeit als Wahlvorstandsmitglied dazu, bei jedem abgegebenen Stimmzettel in eingehender Weise die Rückseite zu studieren, um sich auf einem Zettel dementsprechende Notizen zu machen. Mit welcher Genauigkeit der Herr arbeitete, geht daraus hervor, daß derselbe schon vor dem Ausgehen der Stimmzettel in der Lage war, das Stimmenverhältnis mit frapperender Genauigkeit, bis auf einen kleinen Fehler, seinen Freunden mitteilen zu können. Das ist allerdings beachtend und die maßgebenden Instanzen werden sich wohl hiermit noch zu beschäftigen haben. Das Resultat war denn auch der gemachten Wahllegation entsprechend.

Es erhielten Stimmen: Evangelischer Arbeiterverein Homberg, Hochheide und Gewerksverein 77, sozialdemokratische Gewerkschaften 79, christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine und evangelischer Arbeiterverein Esenberg 194. Die Kandidaten der letzteren Richtung sind mithin gewählt. Wir wollen zunächst feststellen, daß bei einer Mißliebe, wie sie die „Sieger“ aufzuweisen hatten, ein derartiges Resultat keineswegs befremdet. Gleichgültig sei aber hier bedauerlicherweise festgestellt, daß ein großer Teil Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine trotz wiederholter Ermahnungen und persönlichem Auffuchen nicht ihren Anmeldebüchern zur Wahl ausfüllen und dadurch auch nicht wählen konnten. Auf den Erfolg in Homberg brauchen die „Christlichen“ Gewerkschaftsgruppen wahrhaftig nicht stolz zu sein. Für uns gilt es, aus den Vorgängen zu lernen und überul dort, wo sich diese ihres „Sieges“ freuen und darauf pochen, die Machinationen und Wahlmanöver ins richtige Licht zu rücken. Wenn wir auch unterlegen sind, so können wir mit Genugtuung konstatieren, daß wir ehrlich und mit offenem Bistier, ohne jede „fremde, einflußreiche Hilfe“, gekämpft haben.

Darum auf, zu neuer Arbeit!
E. Ubelung, Arbeitserklärer.

Verbands-Teil

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fallen die Sitzungen aus. — **Gewerksvereins-Vierteltel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Uhrungsstunde im Verbandshaus

der Deutschen Gewerksvereine (Ortner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Sonntag, 26. Juli, Auszug nach Buch und Umgegend. Abfahrt morgens 7 Uhr 38 Minuten von Stellter Bahnhof. Rückfahrt 8 Uhr 59 Minuten. Gäste willkommen. — **Waldhauer.** Montag, 27. Juli, abends 9 Uhr Versammlung bei Preuß. Drebbenerstr. 10. **Rixdorf I. Maschinenbau- u. Metallarbeiter.** Sitzung Sonnabend, 25. Juli, abends 9 Uhr im Vereinslokal, Jägerstr. 77. S. D.: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag. 3. Stiftungsfest-Angelegenheiten. 4. Beschiedenes.

Orts- und Bezirksverbände.

Berne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag 11 Uhr, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz. Schulte-Mattler, Diskussionsklub. — **Machen (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Diskussionsabend bei Leuchter, Ecke Hanemannplatz und Züllicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., im Hiltmanns-Hotel, Poolstr. 10. Diskussionsklub. — **Spandau (Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selbstkürchen (Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Vereinslokal Pieper (früher Uerich), Schalter- und Florastragen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Dresden (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, präz., — **Hagen a. U. (Diskussionsklub).** Jede Sitzung findet Donnerstags, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr. 10. — **Machen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung im Restaurant „Zur Post“, Züllicherstraße 72. — **Röhm (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Walter Kolping“, Elstergasse. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Hamburg (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Wiesbaden (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsklub bei P. Eisenburger, Banheimerstraße. — **Mülheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstr. 38. — **Dortmund (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeheim bei Lokalbeamten August Braun, Königshof 19. Arbeitsnachweis daselbst.

Literatur.

Die Kruppische Pensionskasse vor Gericht. Der Prozeß gegen die Firma Krupp auf Rückzahlung der Pensionsbeiträge ausgedienter Arbeiter, nebst den dazu erstatteten Gutachten, zusammengefaßt und herausgegeben von christlichen Metallarbeiterverband Essen (Ruhr). Wir haben uns wiederholt im Gewerksverein mit dem Prozeß gegen die Kruppische Pensionskasse beschäftigt. Unsere Leser sind also mit dem Gegenstande vertraut. Es verdient aber Anerkennung, daß alle Materialien dieses Prozesses zu einem Buche (104 Seiten) vereinigt sind. Der Preis des Werkes beträgt 1 Mt.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine erschien:

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfaben für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908

von

Karl Goldschmidt,

Vorsitzendem des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).

Worte: Ein Volk, ein Recht!

Diese 80 Seiten 80 umfassende Schrift sollte jeder Gewerksvereiner lesen und für den praktischen Gebrauch zur Hand halten. Mindestens sollte jedes Ortsmitglied sich für die Verfassungskommission daraus informieren. Um dies zu ermöglichen, haben wir den Preis für unsere Mitglieder auf 80 Pfg. für das Exemplar festgesetzt. 6 Stück kosten 1,50 Mt., 12 Stück 2,80 Mt., 20 Stück 4 Mt.

Wir bitten um recht zahlreiche Aufträge. Das Geld ist mit der Bestellung an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO., Greifswalderstraße 221/223 einzusenden. Die Bestellung kann auf dem Postabdruck erfolgen. Postanweisungen bis 5 Mt. kosten nur 10 Pfg.

Weser (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterbringung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich, Breslauerstr. 20.

Hörsen. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachquartier und Frühstück. Karten beim Kollegen Beuchel in Stelzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Neusalz (Ortsverb.). Durchreis. Genossen erhalten 50 Pfg. bei August Meißner, Friedrichstraße 86.

Magdeburg (Bauhändlerverf.). 75 Pfennig bei E. Schöder, Katharinenstraße 2/8 II.

Bayern i. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterbringung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer F. Rolke, Ring Nr. 14.

Essen (Ruhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungsarten im Gewerksvereins-Bureau, Brodhäuserstr. 53

Bayern. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Serbe, Wendischergraben 84.

Mülheim a. D. Ruhr. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungsarten beim Sanderbräu, Kolb, Heinenstr. Verbands- und Bezirkslokal: Wirt Joh. Müller, Sandstr. 39.

Stralsund (Ortsverb.). Herb. zur Heimat, Bleisstraße. Karten bei E. Surowski, Babenstr. 20. **Wartb. (Ortsverband).** Durchreis. Gewerksvereinskollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Herrn Lütke, Barthstr. 672. Arbeitsnachweis daselbst.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).

Hierdurch machen wir schon jetzt alle Verbandskollegen und Kollegen von Berlin und der näheren Umgebung darauf aufmerksam, daß am

Sonntag, 20. September

nachm. 5 Uhr
in allen Räumen unseres Verbandshauses,
Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221, 23

eine

große Feier

des

40 jährig. Bestehens der Deutschen Gewerksvereine

stattfindet. Wir bitten die Ortsvereinsvorstände, schon jetzt in den Versammlungen auf diese Feier aufmerksam zu machen und für zahlreichen Besuch zu wirken. Das fest muß sich zu einer großen Kundgebung für unsere Organisation gestalten.

Hervorragende Künstler haben ihre Mitwirkung zugesagt. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 80 Pfg. erhoben.

Der geschäftsführende Ausschuss.
3. V.: Karl Goldschmidt.